# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 226. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 26. September 1928


## „Arbeitsfrieden.“

England ist das Geburtsland des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Ist auch das Geburtsland des Sozialismus in Theorie und Praxis; dort entstanden die Arbeitergewerkschaften, trat nach außen hin wohl am deutlichsten der Gegensatz zwischen „Kapital und Arbeit“, zwischen Unternehmer und Arbeiter zutage.

Und wieder ist es England, wo in diesem Gegensatz eine neue Phase herauszieht. Vor kurzem fand ein Kongreß der englischen Gewerkschaften statt und dort brach der aus dem Bergarbeiterstreik von 1926 bekannte Führer der radikalen Richtung, Cook, nicht bloß physisch zusammen, — auch diese Richtung, die den unbedingten Kampf gegen das Unternehmertum von den alten sozialistischen Gedankengängen aus predigt, unterlag und brach zusammen. Nicht bloß, daß jede Verbindung mit den sowjetrussischen Gewerkschaften abgelehnt wurde, — darüber hinaus nahm der Kongreß die Vorschläge an, die ihm sein Präsident Ben Turner vorlegte und die auf eine enge sozial-, lohn-, tarif-, aber auch wirtschaftspolitische Zusammenarbeit von „Kapital und Arbeit“, von Vertretern der Unternehmerorganisationen und der Gewerkschaften abzielen.

Ähnliches war 1918 — unter dem Druck des Krieges — auch in Deutschland eingeleitet und grundsätzlich angenommen, aber bald wieder zersprengt worden; die Zeit, da Stinnes und Legien, der Führer der deutschen Freien Gewerkschaften, zusammen am Verhandlungstisch saßen, ging bald vorbei, als Inflation und außenpolitische Schwierigkeiten auch die wirtschaftlichen Gegensätze zu unerhörter Schärfe zuspitzten. In England aber gab der große Bergarbeiterstreik 1926 den Lehrmeister ab für beide Seiten. Denn nicht etwa bloß der unterlegenen Arbeiterschaft waren Wunden geschlagen, die sich auch heute noch nicht ganz geschlossen haben; nicht minder tiefe Wunden trafen die Wirtschaft, trafen das Unternehmertum. Seitdem besteht die Wirtschaftskrise in England, die seinen besten Kräften so viel Schmerzen macht; was bisher zu ihrer Bekämpfung geschah, blieb ohne größeren Erfolg.

Sir Alfred Mond, jetzt Lord Keilchett, war es, der vor Jahresfrist den Gedanken einer Zusammenarbeit, einer „Arbeitsgemeinschaft“, wie wir dies 1918 in Deutschland nannten, an die Gewerkschaften herantrug; ihr Kongreß nahm jetzt diese Vorschläge, die inzwischen durch einen gemeinsamen Ausschuß ausgearbeitet waren, mit großer Mehrheit an. Als Ziel steht dabei im Vordergrund die energische Förderung der englischen Wirtschaft, der Wille, sie wieder zum Siege zu führen im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, und damit, also davon abhängig: Hebung der Lebenshaltung des englischen Arbeiters. So ist der wirtschaftspolitische Teil des Programms natürlich ein viel ausgedehnterer als der sozialpolitische, dessen Durchführung die Erstarkung des englischen Wirtschaftslebens zur Voraussetzung hat. Daß dabei gerade in der englischen Industrie die Frage der Betriebsrationalisierung die brennendste ist, weiß man ja, und die Gewerkschaften erklären es für unvermeidlich, daß die Arbeiterschaft persönlich vielfach die Kosten dabei zu tragen habe; man will aber in Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum alles tun, um diese Schädigungen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die ganze Zusammenarbeit gipfelt im paritätisch zusammengesetzten Nationalen Industrierat, der neben den theoretischen und praktischen Verhandlungen über Industrie und industriellen Fortschritt besonders die Vermittler- oder Schiedsgerichtstätigkeit im Falle drohender Arbeitskonflikte zur Aufgabe hat. Immer wieder wird betont, daß jeder irgendwie geartete, vor allem jeder staatliche Zwang bei diesem schiedsrichterlichen Verfahren ausgeschlossen bleibt; ein Wahlausschuß des Industrierates bestimmt auf Ersuchen einer der beiden beteiligten Seiten einen solchen Schiedshof. Und man verpflichtet sich, nicht eher zum Mittel des Streiks oder der Aussperrung zu greifen, als bis dieser Schiedshof gesprochen hat. Denn mit seinem Bericht, der veröffentlicht wird, fällt die ganze Wucht der Verantwortung vor der Öffentlichkeit auf die Schultern der einen oder der andern Partei — und diese Last kann untragbar werden, wie es schon mancher Arbeitskampf in England bewies.

Für Deutschland ist diese neueste Entwicklung des Verhältnisses zwischen „Kapital und Arbeit“ in England vor allem deswegen von Interesse — ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen eines solchen Arbeitsfriedens —, weil das Reichsarbeitsministerium für Anfang Oktober eine Besprechung über die Reform des Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahrens veranstalten will und hierzu die Vertreter der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerorganisationen eingeladen hat. Auf diese Verhandlung wird die englische Einigung — bei der der Staat nicht mitwirkte, die ganz freiwillig erfolgte — zweifellos einen bedeutsamen Einfluß ausüben und zum mindesten die Debatte, ob Zwangsmittel beim Schlichtungsverfahren oder nicht, in Fluß bringen.

---

# Die Abrüstung wird verschleppt

## Bernstorffs Anklage in Genf.

Deutschlands Stimmenthaltung.

**Die Völkerbundtagung in Genf neigt sich dem Ende zu, Aber wir in Deutschland könen kaum mit Befriedigung auf die abgeschlossenen Beratungen zurücksehen. Die Hoffnungen sind ziemlich enttäuscht worden und man muß heute bezweifeln, daß hinter den mit so großem Aplomb in die Welt gesetzten Abrüstungsverkündigungen irgendein ernstlicher Wille zu finden war. Das kam auch deutlich in der Rede zum Ausdruck, die der deutsche Vertreter in Genf, Graf Bernstorff, am Dienstag hielt und in der er deutlich genug sagte, daß alle Vorschläge Deutschlands zu ernsthafter Abrüstung an der lauen Haltung der übrigen Mächte gescheitert seien.**

Man wird nach Hause gehen mit leeren Taschen, und wenn nachher die Herren in Paris und London noch so viel des Rühmens machen von ihren Bemühungen um den Frieden, so wird es nicht mehr sein als ein Säuseln des Windes, das man ohne Beachtung vorbeiziehen läßt, es hat nichts zu bedeuten. Diese Überzeugung scheut man sich sogar nicht, in Paris selbst ganz offen auszusprechen.

**Denn Pariser Blätter erklären, alle Abrüstungsbemühungen seien zur Nutzlosigkeit und Erfolglosigkeit verurteilt, solange Amerika, die größte Seemacht, und Rußland, die größte Landmacht, sich nicht daran beteiligen. Die Abrüstung werde über den toten Punkt nicht hinwegkommen.**

Die Müßigkeit solcher Einwendungen ist natürlich sofort, auf den ersten Blick zu erkennen, wenn man dabei bedenkt, daß Frankreich durch seine geheimen Flottenabmachungen mit England Amerika gleichsam zwingt, sich mißtrauisch zurückzuziehen.

### Graf Bernstorff

sagte in der Völkerbundversammlung, nachdem der tschechoslowakische Außenminister die wesenlose Resolution zur Abrüstungsfrage bekanntgegeben hatte, die deutsche Delegation habe den Standpunkt der anderen Delegationen nicht verstehen können und sich von der Stichhaltigkeit der Einwendungen gegen den doch einfachen Vorschlag Deutschlands, nun endlich einen bestimmten Termin für die Abrüstungskonferenz anzusetzen, nicht überzeugen können. Das schleppende Tempo der Genfer Verhandlungen finde eben keine Erklärung. Deutschland sei entwaffnet. Seine 100 000 Mann Reichswehr und die geradezu unbedeutende Flotte könnten nicht als militärischer Machtfaktor dargestellt werden, wie es wohl geschehe.

**Nur mit Bitterkeit könne man es in Deutschland empfinden, wenn seine Bemühungen verkannt würden, wenn man sogar so weit gehe, Deutschland die verschwindend kleine Wehrmacht vorzuwerfen. Heute sehe es aus, als ob man die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage in erster Linie diplomatischen Verhandlungen überlassen wolle. Warum gehe man nicht daran, endlich fest umrissene Grundsätze aufzustellen?**

So entstehe der Eindruck, als ob der Völkerbund seiner dringlichsten Aufgabe gegenüber untätig die Hände in den Schoß lege. Die deutsche Delegation werde nicht gegen die Resolution in ihrer jetzigen Form stimmen, aber sie werde sich der Stimme enthalten, da sie diese Resolution für nutzlos ansehe.

### England und Frankreich zur Abrüstung.

Für England erklärte in der Dienstagsvölkerbundversammlung Locker-Lampson, daß die britische Delegation nicht der Meinung sei, der Vorbereitende Abrüstungsausschuß könne ohne vorhergehende entscheidende Einigung über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten einberufen werden. Die englischen Vertreter würden aber loyal mitarbeiten und hätten den Wunsch, die allgemeine Friedensarbeit nicht zu behindern. Paul-Boncour-Frankreich führte aus, es handele sich nicht um eine Frage zwischen Frankreich und Deutschland, sondern um ein Problem, das weit darüber hinausgeht. Es solle kein Vorwand für Nichtabrüstung geschaffen werden, die allgemeine Abrüstung sei aber heute noch verfrüht und könne nur etappenweise bewältigt werden.

---

## Das Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt

Passagiere und Besatzung gerettet.

Arnsberg, 25. September. Heute mittag unternahm hier ein Verkehrsflugzeug der Deutschen Lufthansa, das sich auf der Fahrt nach Berlin befand, eine Zwischenlandung wegen Motorschadens. Als die Passagiere und die Bordbesatzung das Flugzeug verlassen hatten, ging dieses in Flammen auf und verbrannte vollständig.

Wie die Deutsche Lufthansa auf Anfrage mitteilt, konnte die Ursache des Brandes, durch den das Großflugzeug „Deutschland“ zerstört wurde, nicht mehr festgestellt werden, da der Apparat vollkommen vernichtet ist. Man vermutet, daß beim Aufsetzen auf den Boden ein Benzinzuleitungsrohr gebrochen ist. Von den acht Passagieren, die sich vor Ausbruch des Brandes rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, waren vier Ausländer.

---

## Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses für die Sicherheit bei der Reichsbahn.

Berlin, 25. September. Der Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Betriebssicherheit der Deutschen Reichsbahn hat seine Tätigkeit beendet und teilt folgendes mit:

„Die Betriebssicherheit bei der Deutschen Reichsbahn erscheint nach dem Gesamtergebnis der Untersuchungen des Ausschusses in einem Maße gewährleistet, wie es billigerweise von einem öffentlichen Verkehrsunternehmen verlangt werden kann. Die Voraussetzungen, von denen die Reichsbahngesellschaft ausgeht, um eine sichere Betriebsführung zu erzielen, entsprechen den auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues und Betriebsdienstes herrschenden neuzeitlichen Anschauungen. Die Mittel, die sie zur Erfüllung dieser Voraussetzungen anwendet, sind richtig gewählt, auch dann, wenn sie in manchen Einzelheiten verbesserungsbedürftig sind. Der Ausschuß muß dabei ganz allgemein anerkennen, daß die Reichsbahngesellschaft trotz der schwierigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit sehr große Aufwendungen gemacht hat, um in erster Linie ihren technischen Apparat in betriebssicherem Zustand zu erhalten. Von einem Systemfehler in der Betriebsführung, der eine akute Betriebsgefahr in sich schließen könnte, kann daher allgemein nicht gesprochen werden. Um auch für die Zukunft die Betriebssicherheit in weitgehendem Maße zu gewährleisten, hat der Ausschuß in einer Denkschrift, die dem Herrn Reichsverkehrsminister überreicht wird, Anregungen gegeben.“

## Künstlicher Nebel im Hindenburg-Manöver.

Auch Parlamentarier sind dabei.

Im weiteren Verlauf des großen Manövers in Mittelschlesien kam es auf dem Nordflügel der beiden Parteien zu einem Begegnungsgefecht einer Aufklärungsabteilung der roten zweiten Kavalleriedivision mit der von Penzig vormarschierenden blauen Nordgruppe. Dieses Gefecht fand bei Langenau statt. In den ersten Nachmittagsstunden trat dann eine Kampfpause ein, während der die Truppen verpflegt wurden. Über den Verlauf der Kämpfe, die am Vormittag stattgefunden hatten, fand im Beisein des Reichspräsidenten eine kurze Besprechung statt.

**Der Reichspräsident, der vom Stift Joachimstein über Görlitz kommend auf dem Manöverfelde eingetroffen war, wohnte dem größten Teil der Übungen in der Gegend von**

Reichspräsident von Hindenburg im Manövergelände.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF